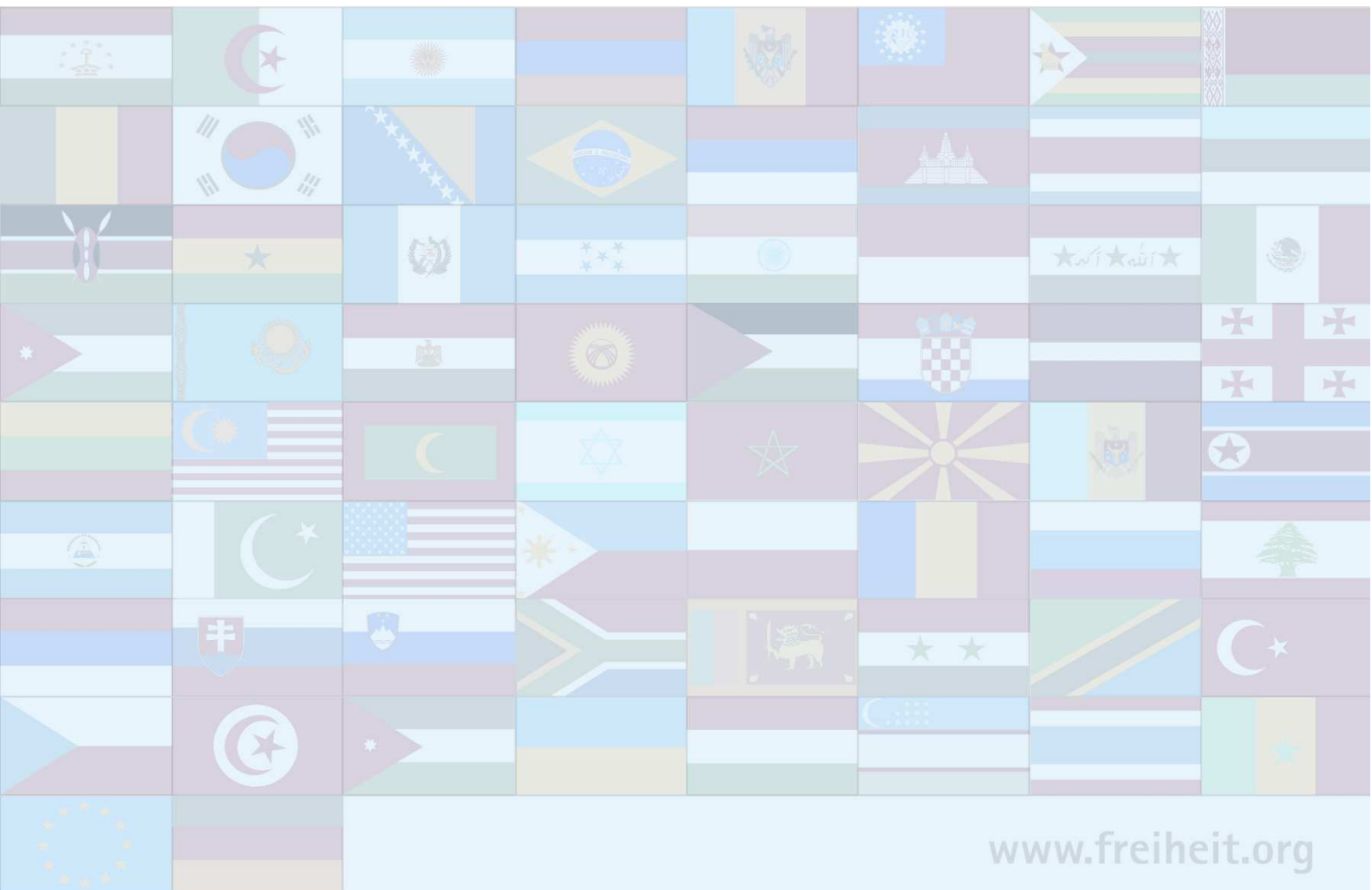


Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT



FNF International News

AUSGABE 1 / 2009

Fokus Südafrika



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde der Friedrich-Naumann-Stiftung für
die Freiheit,

heute erhalten Sie erstmalig die FNF International
News, eine auf politische Schwerpunkte zentrierte
Information über unsere Arbeit mit Partnern in über 60
Projektländern weltweit.

Im Fokus dieser Ausgabe steht Südafrika, wo am 22.
April 2009 ein neues Parlament gewählt wird. Wir
möchten Ihnen einen Eindruck davon vermitteln, wie
sich Liberale in Südafrikas Wirtschaft und Gesellschaft,
besonders aber in der politischen Entwicklung seit den
ersten freien Wahlen 1994 bis heute engagiert haben
und welche Politikansätze die Stiftung vor Ort verfolgt.
Aber auch schon davor leisteten Liberale und die FNF
einen wichtigen Beitrag zur Überwindung des
Apartheidsregimes.

Diese Information gehört zu einer Serie von Analysen
und Berichten aus unserer Auslandsarbeit, die wir un-
ter www.freiheit.org für Sie bereitstellen. Ich bedanke
mich bei unserem Referat Politikberatung und Politik-
analyse sowie bei allen Auslandsmitarbeitern, die dafür
sorgen, dass Entwicklungen weltweit und zeitnah aus
liberaler Sicht kommentiert werden.

Harald Klein
Bereichsleiter Internationale Politik

Potsdam, 31. März 2009

Inhalt

Die Arbeit der FNF vor Ort	S. 2
Vorwahlbericht	S. 3
Die Zusammenarbeit mit der Democratic Alliance	S. 6
Konferenz: <i>Going for Growth</i>	S. 9
African Liberal Network	S. 11
Liberale Persönlichkeiten	S. 12
Vermischtes	S. 13
Ausgewählte Neuerscheinungen	S. 14

Die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vor Ort



Bereits in den 80er-Jahren hatte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) Kontakte zu oppositionellen Gruppen und vor allem zur Progressive Federal Party (PFP), die im nationalen Parlament als einzige Partei die Apartheid ablehnte. So war die FNF ein Ko-Finanzierer der sogenannten IDASA-Konferenz im Juli 1987 in Dakar, Senegal, die erstmals Exilvertreter des African National Congress (ANC) mit Repräsentanten der Apartheitsregierung unter Führung der National Party (NP) zusammenbrachte. Diese weltweites Aufsehen erregende Konferenz leitete einen Prozess ein, der zu

den Verfassungsrichtlinien des ANC und schließlich 1990 zu seiner Legalisierung führte. Hierzu konnte auch eine weitere FNF-gesponserte Nachfolgekonferenz in Leverkusen beitragen, die im Oktober 1988 vom damaligen Partner IDASA (Institute for a Democratic Alternative in South Africa) durchgeführt wurde.

Seit 1991 ist die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) in Südafrika mit einem Büro in Kapstadt, seit 1994 zudem in Johannesburg vertreten. Sie unterstützt den tiefgreifenden Transformationsprozess Südafrikas insbesondere in zwei Politikbereichen: Ausbau des liberalen Rechtsstaates sowie marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

In ihrer Zusammenarbeit mit der oppositionellen „Democratic Alliance“ (DA) und ihren Vorfeldorganisationen verfolgt die Stiftung das Ziel, liberale Alternativen zur Politik der ANC-Regierung zu unterstützen. Parallel zu den Aktivitäten auf nationaler Ebene mit Partei und Parlamentsfraktion, gibt es eine enge Kooperation der Stiftung auch mit dem Verband liberaler Provinzabgeordneter (MPL Network) und Kommunalpolitiker (ADAC). Beratungen erfolgen auf allen Ebenen und umfassen die Vermittlung strategischen Wissens, politisch nutzbarer Fertig- und Fähigkeiten sowie in der Programmatik der Partei.

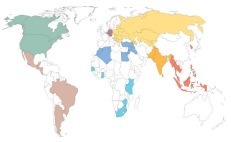
Partner im wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereich sind einflussreiche Think Tanks, die u.a. in den Bereichen Deregulierung, Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaat, Verfassung, Förderung kleiner- und mittlerer Unternehmen sowie Schutz der Eigentumsrechte tätig sind.

Im einzelnen sind dies:

- | | |
|--|--|
| - South African Institute of Race Relations (SAIRR) | www.sairr.org.za |
| - Centre for Development and Enterprise (CDE) | www.cde.org.za |
| - Strategic Business Partnerships for Growth in Africa (SBP) | www.sbp.org.za |
| - Helen Suzman Foundation (HSF) | www.hsf.org.za |

Weitere Informationen finden Sie unter www.africa.fnst.org





Vorwahlbericht

Stimmung im Land

In Südafrika stehen am 22. April 2009 die interessantesten Wahlen seit dem Beginn der Demokratie und Ende der Apartheid in 1994 an. Gewählt werden sowohl das nationale Parlament, wie auch die neun Provinzparlamente (diese entsprechen in etwa Landtagen).

Für das Land sind diese Wahlen eine Chance, sich vom de facto Einparteienstaat zu einer echten Demokratie zu entwickeln, in der es mittelfristig zur Machtübernahme durch eine andere Partei, oder eine Koalition von anderen Parteien als dem African National Congress (ANC) kommen kann. Viele ausländische Beobachter erregten sich bei den letzten Wahlen (2004), dass der ANC eine Zweidrittelmehrheit erreichte und somit die sehr liberale und in vieler Hinsicht wirklich vorbildliche Verfassung ändern könne; dies verkannte die Strukturen im südafrikanischen Parlament vollkommen, in dem der ANC auch bereits vor 2004 durch ‚floor crossing‘ (Partei- und Fraktionswechsel ohne Mandatsverlust) und Bestechung immer schon die nötige Zweidrittelmehrheit hätte erreichen können, falls gewünscht. Der wirkliche Lackmustest, wird kommen, wenn der ANC sich auf die fünfzig Prozentmarke hinunter bewegt und der Möglichkeit ins Auge sehen muss, eventuell national die Macht abgeben zu müssen, vielleicht bereits in 2014. Und dann wird man sehen, ob der ANC dem ghanaischen oder dem simbabwischen Modell folgen wird.

Hier muss man bedenken, dass die politische Kultur in Südafrika anders geprägt ist als in Deutschland. Programmparteien, wie wir sie in Europa kennen, gibt es am Kap, mit einer Ausnahme, nicht. Die Ausnahme ist der FNF Partner und ‚Official Opposition‘, die Democratic Alliance (DA), die in jeder Hinsicht den Ansprüchen einer liberalen Programmpartei entspricht.

In Südafrika werden Wahlen fast ausschließlich und

immer noch durch ‚identity voting‘ entschieden: Man stimmt für eine Partei, oder ein Individuum, der oder die, so aussieht und spricht, wie man selbst.

Die Parteien und Personen

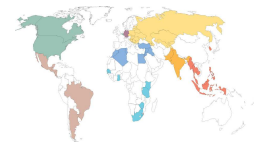
Auch ständig aktualisierte Meinungsumfragen, wie in Deutschland üblich, gibt es in Südafrika nicht. Von den über 150 registrierten Parteien, von denen aber nur eine kleine Anzahl landesweit antreten wird, sind die wichtigsten:



African National Congress (ANC):

Die ehemalige Befreiungsorganisation agiert und regiert in einer ‚tripartite alliance‘ mit dem Dachverband der Gewerkschaften, COSATU, und der Kommunistischen Partei, SACP, aber nur der ANC steht auf dem Wahlzettel. Seit der Wahl des außerhalb der Allianz äußerst umstrittenen **Jacob Zuma** im Dezember 2007 zum ANC-Parteivorsitzenden, und somit höchst wahrscheinlichen nächsten Staatspräsidenten, hat es im ANC einen deutlichen populistischen Linksruck gegeben. Herr Zuma ist der Korruption, Steuerhinterziehung und des Betrugs angeklagt. Der ANC versucht vor der Wahl noch mit allen Mitteln den Oberstaatsanwalt zu ersetzen, auch mit solchen, die das rechtsstaatliche Fundament des Staats gefährden, damit das Verfahren (738 Anklagepunkte) gegen Herrn Zuma zurückgezogen wird.

Herrn Zumas Hausmacht sind die Allianzpartner, und er ist von ihnen vollkommen abhängig. Auch beherrschen die Allianzpartner nun die Entscheidungsgremien des ANC und wenden das sowjetische Modell an: Das höchste Parteigremium (eine Art Politbüro) schreibt der Regierung (und dem Parlament) vor, was sie zu tun und zu lassen hat. Die Vorsitzende der DA beschreibt den ANC als ‚ideologically incoherent‘, doch Herr Zuma und seine Gefolgsleute scheinen gerade auf populistische Aussagen und oft nebulöse Versprechungen zu setzen. Während in vergangenen Wahlkämpfen die ANC Poster zumindest noch einen Slogan aufwiesen (‚Jobs for all‘ oder ‚A better life for all‘), heißt es dieses Mal „together we can do more“, aber meist ist nur das Gesicht von Herrn Zumas und das ANC-Logo abgebildet.



Erklärtes Ziel des ANC's im Wahlkampf ist es nun die Zahl der Social Grant Empfänger auf zwölf Millionen, gut 25 Prozent der Einwohner, zu erhöhen. Dank der Effekte der Weltwirtschaftskrise ist aber die Zahl der Steuerzahler rückläufig, wie auch die Einnahmen des Fiskus. Selbst der ANC-Finanzminister, der hochangesehene Trevor Manuel, warnt die eigenen Genossen, dass die damit Abhängigkeiten schaffen, die obendrein nicht mehr finanzierbar werden. Im Parteiprogramm setzt man unverdrossen vor allem auf weitere Zentralisierung und mehr Staat als prinzipiellen Lösungsansatz für alle Probleme. Bei öffentlichen Auftritten von Allianz-Größen wird immer wieder versichert, unter Zuma würde alles einfach besser werden, man werde viel mehr Geld für Gesundheit, Bildung etc. bereitstellen. Aber wie ein südafrikanischer Geschäftsmann sagte, da jagt man lediglich mehr Wasser durch kaputte Leitungen. Denn die systemischen Probleme, die durch Jahre der Korruption, des Nepotismus und der Misswirtschaft, die oft Jahrzehnte bis in die Apartheid zurückreichen, angerichtet worden sind, ist man nicht bereit anzugehen.

www.anc.org.za



Democratic Alliance (DA):

Die DA ist nicht nur die einzige wirkliche Programmpartei, sie ist auch in jeder Hinsicht eine liberale Partei. Die Partei ist der langjährige Partner der FNF. Gegenwärtig regiert die DA alleine oder aber in einer Koalition in 17 Kommunen bzw. Städten Südafrikas. Auf Grund des breiten und besonders im englischen Sprach-

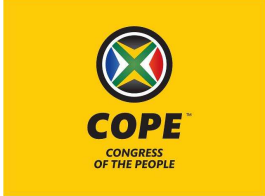
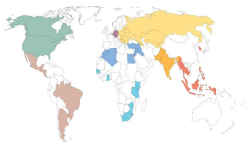
gebrauch verwirrenden Begriffs "liberal" bezeichnet sich die DA, die die offizielle Opposition im nationalen Parlament und in den meisten Landtagen stellt, heute selber nicht als liberale Partei, sondern als Partei, die sich für die Schaffung einer "Open Opportunity Society" stark macht. Eine "Open Opportunity Society" geht von der Prämisse aus, dass alle Menschen frei, gleich vor dem Gesetz und verantwortungsbewusst sind. Sie will Möglichkeiten für alle Menschen – ins-

besondere unabhängig von deren Rasse, Herkunft, Ethnie, Religion, Kultur oder Gesinnung – schaffen, damit diese ihre Lebensqualitäten erhöhen können. Dies steht im extremen Gegensatz zu allen anderen Parteien Südafrikas, die alle mehr oder minder auf den Staat in allen Lebenslagen setzen. Unter der dynamischen und hoch angesehenen Parteivorsitzenden und Bürgermeisterin von Kapstadt, **Helen Zille**, tritt die DA mit einer repräsentativen Kandidatenliste an als dies bisher der Fall war. Frau Zille hat es zur Chefsache gemacht, die DA attraktiver und 'wählbarer' für schwarze Wähler zu machen, denn bislang ist es der Partei bekanntlich lediglich gelungen, die Minderheiten (vor allem Weiße, aber auch einen großen Teil der Farbigen und Inder) als Stammwähler zu gewinnen. Die DA sieht ihre Chance vor allem in der Spaltung des ANC's. Das Ziel in den 2009 Wahlen ist es, in der Westkap-Provinz über vierzig Prozent der Stimmen zu gewinnen und dann mit einer oder mehrerer kleineren Parteien (z.B. ID und/oder COPE) eine Koalitionsregierung zu bilden. Dies könnte auch in der (weniger wichtigen und sehr dünn besiedelten) Nordkap-Provinz gelingen. Die Augen der DA sind aber fest auf die nächsten Wahlen 2014 gerichtet:

Dann will man die Westkap-Regierung auf nationaler Ebene replizieren.

www.da.org.za

Ergebnisse der Wahlen von 2004				
	National Assembly, 2004		Provincial Legislatures, 2004	
Partei	%	Sitze	%	Sitze
ANC	69,68	279	69,21	304
DA	12,37	50	12,07	51
ID	1,73	7	1,6	6



Congress of the People (COPE):

COPE hat sich aus einer Abspaltung des ANC Ende 2008 formiert. Zum Teil ist COPE eine ‚coalition of the wounded‘, eine Ansammlung der Verlierer des ANC-Parteitages, der zum Fenstersturz des ehemaligen Präsidenten **Thabo Mbeki** und zum (Wieder-) Aufstieg **Jacob Zumas** führte.

Parteivorsitzender ist **Mosiuaa ‚Terror‘ Lekota**, Verteidigungsminister unter Mbeki und eine bekannte Führungspersönlichkeit der Anti-Apartheidsbewegung innerhalb Südafrikas in den achtziger Jahren. Als Präsidentschaftskandidaten hat man den unbelasteten, aber auch politisch vollkommen unerfahrenen und nicht sehr bekannten Bischof **Mvume Dandala** aufgestellt. Ideologisch unterscheidet sich COPE kaum vom ANC und wartet auch mit einem sehr dünnen Parteiprogramm auf. Dazu treten bei COPE einige sehr korrupte und wenig vertrauenserweckend führende Mitglieder an, wie beispielsweise der Geistliche **Allan Boesak**, der Entwicklungsgelder veruntreut hatte. Aufgrund der Begnadigung durch den Präsidenten in 2005 ist seine Vorstrafe getilgt. Es ist unmöglich zu sagen, wie viel Unterstützung COPE am Wahltag bekommen wird. In der DA geht man landesweit von acht bis neun Prozent der schwarzen Wähler aus, die sich für COPE entscheiden könnten.

www.congressofthepeople.org.za

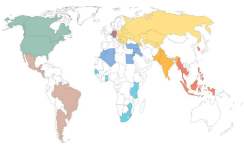
Independent Democrats (ID):

Die ID ist national von geringer, aber in der strategisch so bedeutenden Provinz Westkap von sehr großer Bedeutung. Die sprunghafte und eher unzuverlässliche Vorsitzende **Patricia de Lille** (Spitzname: Patricia de Liar) schafft es immer wieder, Teile der im Westkap ansässigen farbigen Arbeiter- und Unterschicht, wo sie die größte ethnische Gruppe bilden, zu überzeugen, dass ihre Interessen durch Frau de Lille am effektivsten vertreten werden. Das macht die Partei zu einer One Woman Show, die sich zwar ‚sozialdemokratisch‘ nennt, aber kaum durch ihr dünnes und konfuse Wahlprogramm überzeugt.

Die ID ist jetzt bereits ein wichtiger, und schwieriger, Koalitionspartner für die DA in der Kommune Kapstadt (und einigen kleineren Kommunen), und könnte nach dem 22. April eine ähnliche wichtige Rolle für die DA auf Provinzebene im Westkap, und eventuell im Nordkap, spielen.

www.id.org.za





Die Zusammenarbeit mit der Democratic Alliance

Die Zusammenarbeit mit der Democratic Alliance (DA)

a) Kooperation mit der Parlamentsfraktion

In Abstimmung mit dem Chief Whip, Ian Davidson, und dem Hauptgeschäftsführer, Ryan Coetzee, der „Democratic Alliance“ (DA) plant und organisiert das FNF-Büro Kapstadt jährlich die Maßnahmen für die DA-Parlamentsfraktion, die derzeit 53 Abgeordnete umfasst. Im Wahljahr 2009 liegt der Schwerpunkt dabei eindeutig auf dem Training der neu gewählten Abgeordneten.

Voraussichtlich werden nach den Wahlen vom 22. April 2009 die Parlamente auf nationaler und Provinzebene mit zahlreichen neuen Vertretern der „Democratic Alliance“ (DA) besetzt sein, die über keinerlei Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit verfügen. Diese in den parlamentarischen Abläufen, Regeln und Instrumenten – wie beispielsweise Anträgen – zu schulen, ist das Ziel speziell konzipierter Einführungsworkshops.



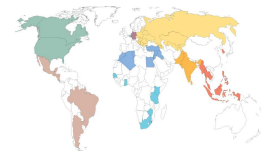
In der seit 1999 jährlich gemeinsam mit der FNF durchgeführten Klausurtagung der DA-Fraktion im nationalen Parlament wird es hauptsächlich um Beiträge in den Bereichen Organisationsentwicklung und Teambildung gehen.

Die Workshopreihe zu politischen Fertigkeiten und zur politischen Kommunikation für die DA-Fraktion richtet sich an die gesamte DA-Fraktion. Der Inhalt dieses Trainings ist überwiegend an die Ergebnisse des internen Bewertungsverfahrens der Kandidaten für die DA-Parteilisten angeknüpft. Letzteres wurde von der DA-Parteizentrale in Zusammenarbeit mit einer externen Beratungsunternehmung entwickelt. Ziel des Bewertungsverfahrens war es, einerseits die politischen Fertigkeiten und das Wissen der Kandidaten im Rahmen von verschiedenen Aufgaben und Tests zu prüfen, um die Kandidaten dann entsprechend dieser Ergebnisse auf der Parteiliste zu positionieren. Andererseits wollte die DA das Verfahren für alle Beteiligten transparent und klar gestalten.

Die Workshopreihe nach den Wahlen wird diejenigen Trainingsmaße aufnehmen, welche sich gemäss den Ergebnis des Bewertungsverfahrens der Kandidten für alle DA-Parteilisten als die notwendigsten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen herauskristallisiert haben. In dieser Workshopreihe werden erfahrene DA-Parlamentarier wie auch Kommunikationsverantwortliche als Trainer hinzugezogen. Organisiert und moderiert werden die Workshops von Mitarbeitern des FNF-Büro Kapstadt.



Sandra Botha, Fraktionsvorsitzende DA im südafrikanischen Parlament



b) Kooperation mit ADAC



Sechs Wochen haben sich Kommunalpolitiker der *Democratic Alliance* (DA) aus ganz Südafrika in einem Pilotprojekt Wissen zu New Public Management (NPM) angeeignet. Konzeption und Entwicklung des zweiphasigen Online-Seminars lagen in der Verantwortung von Fred Nel, dem Vorsitzenden des kommunalpolitischen Dachverbandes ADAC, der Association of Democratic Alliance Councillors. *"ADAC hat zum ersten Mal ein Online-Seminar konzipiert. Das Prinzip des New Public Management Online-Seminars lehnt sich an das von der e-academy der Internationalen Akademie für Führungskräfte der FNF in Gumpersbach 2006 erfolgreich eingeführte NPM Online-Seminar an. Es ist eine kostengünstige Trainingsmethode. Sie erlaubt Teilnehmern aus ganz Südafrika, zeitgleich rund ums Thema New Public Management zu interagieren"*, sagte Fred Nel zur Frage, was die Beweggründe für die Entwicklung des Online-Seminars waren.

Die Kommunalpolitiker mussten sich zunächst auf einer Internetplattform einloggen und wurden dann nach und nach durch das E-Learning-Programm geführt. Als erstes gab es Fachliteratur zu New Public Management herunterzuladen; es galt sich in die



Teilnehmer des Seminars

Die Association of Democratic Alliance Councillors (ADAC) ist eine landesweite Vereinigung der DA-Stadt- bzw. Gemeinderäte. Beinahe alle der insgesamt 1121 DA Kommunalpolitiker in Südafrika sind Mitglied von ADAC. ADAC bietet für seine Mitglieder regelmässig Weiterbildungen an, die oft von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) konzeptionell und finanziell unterstützt werden.

Zu ADAC siehe auch: www.adac.co.za

theoretischen Grundlagen des New Public Managements einzulesen.

In einem nächsten Schritt klärten die DA-Kommunalpolitiker interaktiv Verständnisfragen und tauschten gegenseitig Überlegungen zu New Public Management aus. In diesem offenen Internet-Forum hatten die Teilnehmenden auch verschiedene Fragen zu New Public Management zu diskutieren.

Beispielsweise mussten sich die Kommunalpolitiker überlegen, welche Reformen in Südafrika notwendig sind, bevor New Public Management auf kommunalpolitischer Ebene überhaupt eingeführt werden kann, oder wie Kritiker gegen New Public Management argumentieren würden.

In der ersten Seminarphase skizzierten sie dann eine konkrete New Public Management Reform für eine kommunale Stadtverwaltung, mit der die Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet und öffentlich-rechtliche Dienstleistungen verbessert werden können. Als Reformideen führten die südafrikanischen Kommunalpolitiker hauptsächlich die Privatisierung von verschiedenen Aufgabenbereichen aus, wie zum Beispiel der Abfallentsorgung, des Straßenunterhalts, des Elektrizitätswesens, der Wasserversorgung sowie eines öffentlichen Schlachthausbetriebs. Andere legten den wirtschaftlichen Zusammenschluss von mehreren Gemeinden oder die Einführung von E-Government als Reformmaßnahme dar. Abgeschlossen wurde die erste Seminarphase mit einem Fragebogen, mit dem die Teilnehmenden ihr Verständnis von New Public Management überprüfen konnten.

Während der zweiten Online-Seminarphase ging es vor allem darum, das gelernte theoretische Wissen zu vertiefen und einen Bezug zur täglichen Arbeit herzustellen. Es fanden Diskussionsforen über schlanke Staatsverwaltung und Management in Kommunalregierungen statt, und es wurde ausgetauscht, wie die DA-Kommunalpolitiker Stakeholder gewinnen können, die sie unterstützen, New Public Management im Arbeitsalltag zu implementieren. Die Kommunalpolitiker lernten Bereiche und Abläufe ihrer politischen Arbeit zu identifizieren, in denen New Public Management Reformen eingeführt werden können. Sie gewannen Verständnis dafür, welche NPM Reformen sie bei welchen Gegebenheiten wirksam einsetzen können.

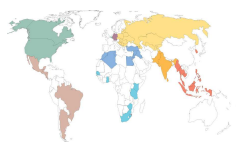
Im Anschluss an die zwei Phasen des Online-Seminars fand im Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kapstadt unter der Leitung des ADAC-Vorsitzenden Fred Nel ein dreitägiger Workshop statt. Dazu waren die 14 bestqualifizierten Teilnehmer der beiden Online-Seminarphasen eingeladen. Zwei Tage evaluierten die Workshop-Teilnehmer das Online-Seminar, tauschten Beispiele von bestehendem Missmanagement in ihren Kommunen aus, analysierten die Gründe dafür und diskutierten, wie das Missmanagement zu beheben ist. In verschiedenen Gruppenarbeiten konzentrierten sich die Kommunalpolitiker der DA auf New-Public-Management-Konzepte, auf NPM-Instrumente sowie auf die Anwendung von NPM-Methoden in der alltäglichen Praxis.

"Der Workshop bot eine einmalige Gelegenheit, Kollegen und Kolleginnen aus allen Provinzen Südafrikas kennenzulernen, sich auszutauschen, Netzwerke zu schaffen und zu realisieren, dass wir in der DA am gleichen Strick ziehen", meinte begeistert Debbie Schäfer, DA-Stadträtin aus Kapstadt. Am letzten Tag illustrierte Ian Neilson, DA-Stadtrat und Schatzmeister der Kommunalregierung Kapstadts einige Beispiele von New Public Management in der Kapstädter Regierungsverwaltung. Ian Neilson verstand es, in einer spannenden Präsentation ein verständliches und greifbares Bild zur Finanzpolitik Kapstadts zu zeigen. Anhand von dargelegten praktischen Erfahrungen gelang es dem eloquenten Schatzmeister, nicht nur auf die Chancen, sondern auch auf die Grenzen des New Public Managements hinzuweisen

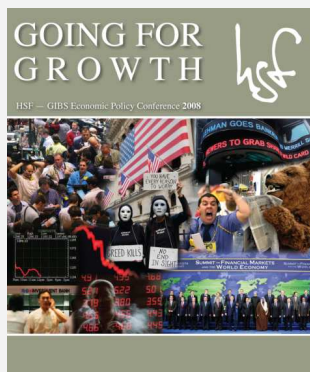
"Bevor man New Public Management implementieren kann, muss man wissen, was man überhaupt will und wie dieses Ziel zu erreichen ist. Eine nicht bzw. schlecht funktionierende Verwaltung, so wie wir sie bei der Machtübernahme in Kapstadt vorgefunden haben, wird auch mit NPM nicht einfach so funktionieren", verdeutlichte Ian Neilson. In einer letzten Gruppenarbeit entwickelten die Teilnehmenden zum Abschluss konkrete Massnahmen zu den Fragen, wie mit NPM-Gegnern umzugehen ist, wie potenzielle verbündete Kräfte zu gewinnen sind und wie NPM begünstigende Umstände geschaffen werden können. Nach einem gemeinsamen Mittagessen machten sich die DA Kommunalpolitiker schliesslich auf zum Flughafen und flogen wieder zurück in ihre Gemeinden, die in sechs verschiedenen Provinzen Südafrikas liegen.



Jeanine Nothnagel, DA-Gemeinderätin aus der Provinz Free State präsentiert die Arbeit ihrer Gruppe zu den NPM-Werkzeugen



Going for Growth: A conference cooperation with the Helen Suzman Foundation (HSF)



In October 2008, the Foundation cooperated with the HSF on a two-day economic policy conference in Johannesburg, South Africa. The conference focused on the deepening global financial crisis and the controversial 'bail-outs' in the United States and the United Kingdom as well as the extensive consequences of the crisis on emerging market economies in general and on South Africa in particular.

Going for Growth brought together a number of high-profile experts on both the international and local level who offered useful and thought-provoking analysis on various issues. The conference participants benefited from a video-link to Professor Summers in New York. Summers spoke about the current crisis which he described as '...the most serious global recession since in the last generation' and its impact on South Africa.

However, a recurring message in his presentation is the importance of having a strong vigorous response to 'over-reacting markets' that are destabilizing at times. But, when an audience member expressed concern over long-term consequences of government involvement, during the questions & comments session, Summers stressed that such policies should be structured in a manner that would make government involvement transient rather than permanent. Furthermore, the quicker and the stronger the intervention by countries – during financial crises – the smaller the bill is compared to those that respond slowly and with delays.

The second part of the conference started with an introductory speech detailing the South African economy's growth history. This was followed by two panels of experts who analyzed the various issues of macro-economic and micro-economic policy. Some of the issues raised related to South Africa's economic growth are: quality of education, lack of skills, unemployment, infrastructure development, poverty and good governance. Though many of these concerns are not considered 'new' and have been recognized as constraints to economic growth, there seems to be very little proactive policy intervention.

The first three issues are very much interrelated, as with good education one develops skills and becomes employable. The issue in South Africa is that the economy is moving towards sectors that require skilled labor and the education system lacks the capacity to meet this demand.



Prof. R. Parsons, Prof. Ch. Simkins , R. Taljaard

This is also coupled with the fact that many of those with skills are automatically absorbed by the private sector leaving the public sector with little to no capacity. The lack of skills has also contributed to the large current account deficient – as South Africa becomes more reliant on foreign imports – and the large unemployment rate, especially, among those with only matric or grade-11 education.

Panelists suggested that to improve the quality of education that teachers should be paid in-terms of performance which would ensure a certain level of education and give an incentive for the teachers. Another suggestion called for developing institutions focusing on vocational training as solution to unemployment. South Africa has to have a policy of growth and employment creation and such programs as the Black Economic Empowerment (BEE) are actually absorbing the skilled and talented away from entrepreneurship – understanding the importance of entrepreneurship in economic growth and employment creation – to corporate work. As a solution the speaker called for an opening-up of South Africa to foreign entrepreneurs.

On infrastructure development and specifically that of telecommunication and electricity generation the level of investment required to impact economic growth of just 3.6% is 1% of GDP per annum. This figure will obviously increase if South Africa aims for a higher economic growth rate. South Africa should look at international best evidence on how to approach this issue of infrastructure development.



South Africa's Minister of Finance Trevor Manuel

For example, Brazil approached infrastructure provision in a far more open, more market-based approach. With a far greater emphasis on PPPs (Private Public Partnership) rather than the comfortable reliance on state monopolies to provide power – as is the case in South Africa.

Poverty is a big topic in any South African policy debate, it is 'the big thing that has to be resolved' however the debate often lacks the link between the importance of economic growth to tackling the question of poverty. Growth is not the only factor but is a necessary condition for solving the problem of poverty. South Africa has to focus first on growth – with its many factors – rather than how to eliminate poverty. It is vital to work towards creating a credible macroeconomic policy environment characterized by good governance, good structure of property rights, exemplary bureaucracy – with zero tolerance to corruption- and an independent judiciary.

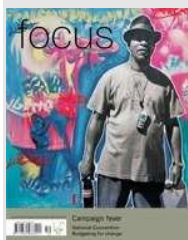
All of these factors are required for markets to function properly, for creating a favorable environment for foreign direct investment (FDI) and enhancing local confidence in the economy.

The conference provided a useful platform for debate on where South Africa stands in the current environment and the possible impact on its growth potentials. It has also highlighted some of the constraints faced in South Africa and concern that South Africa's new administration might not recognize the full extent that country's economic performance is likely to be hostage to that of the global economy. As a one of the panelists reminded the audience that the fact that South Africa experienced significant economic growth since 1993/94 had more to do with the world economy's faster growth over that period than anything else – a significant reminder of what to expect as the world's economy slows.

The complete conference proceedings are documented in a publication available at www.hsf.org.za for download. The publication features additional information such as South Africa's Minister of Finance report back on the G20 and an article by former president of Brazil, Fernando Henrique Cardoso.

Helen Suzman Foundation

Namenspatronin und Protagonistin der Stiftung war die "grande dame des südafrikanischen Liberalismus", Helen Suzman, die ihr ganzes Leben hindurch unbeirrt einen Kampf für die Freiheit des Individuums und die universale Gültigkeit der Menschenrechte geführt hat. Die Stiftung setzt diese Arbeit vor allem durch Vorträge und Publikationen fort. In ihrer letzten Ausgabe von "Fokus" erhalten Sie umfassende Hintergrundinformationen zu den bevorstehenden Wahlen. Website: <http://www.hsf.org.za/>



Das African Liberal Network – Afrikanische Liberale für mehr Freiheit in Afrika



Globales Interesse, aber auch internationale Besorgnis, weckt der afrikanische Kontinent vor den ihn bedrohenden Herausforderungen, gekennzeichnet durch

- (auch illegale) Ausbeutung von Rohstoffressourcen,
- sicherheitspolitische Unwägbarkeiten,
- Folgen des Klimawandels,
- Folgen der Kostenentwicklung bei (Grund-) Nahrungsmitteln und Energie,
- Effekte der globalen Finanzkrise und vor allem ihrer das Wachstum hemmende Wirkungen in den realen Märkten.

Trotz dieser vielfältigen externen Interessen oder gerade deshalb nehmen sich afrikanische Bürger und auch eine beträchtliche Anzahl ihrer Regierungen zunehmend die Freiheit, ihren Entwicklungsweg selbstverantwortlich zu bestimmen. Die „ownership“, die Eigenverantwortlichkeit für den Entwicklungsprozess in politischer und wirtschaftlicher Sicht nimmt in Afrika tendenziell zu, die Zivilgesellschaft wächst.

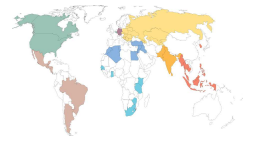
Diese positive Grundstimmung aufzunehmen und zu verstärken, ist Anliegen des **„African Liberal Network“ (ALN)**, ein Verband liberaler Parteien für ganz Afrika. Dem Netzwerk geht es zunächst darum, Strukturen und Kompetenzen zu erweitern, um afrikaweit liberalen demokratischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien im politischen Dialog Gehör zu verschaffen. ALN steht dafür, dem Bürger die Freiheiten zu garantieren, die ihm politische Verantwortlichkeit für Problemlösungen auf der jeweils betroffenen Ebene ermöglichen (kommunale, nationale und internationale Regierungsführung).



Dr Lamine Ba, Altstipendiat der Stiftung und Vorsitzender des Afrikanischen Liberalen Netzwerkes im Gespräch mit dem neuen Regionalbüroleiter

Das Afrikaprogramm der Stiftung unterstützt diese Zielsetzungen. Der Ansatz der Zusammenarbeit sowohl mit dem Netzwerk ALN als auch mit einzelnen liberalen Parteien und ihren Vorfeldorganisationen trägt liberalen Grundsätzen Rechnung. So kooperiert die Stiftung beispielhaft mit Parteien, die in wichtigen subregionalen Ankerländern wie Südafrika, Tansania und Senegal politische Verantwortung tragen, aber auch regional einen liberalen Beitrag zu eigenverantwortlicher Entwicklung in Afrika leisten.

ALN, seine Mitgliedsparteien und die Stiftung beschreiten damit einen für Afrika neuen Weg. Die derzeit 17 Mitgliedsparteien des ALN, die aus allen Subregionen des Kontinents kommen, haben sich verpflichtet, mit einer Stimme für mehr liberale Demokratie und damit für mehr persönliche Freiheiten der Bürger Afrikas einzutreten. Um dies nachhaltig zu gewährleisten, ist das Netzwerk seit 2006 organisatorisch konsolidiert. Mit Dr. Mamadou Lamine Ba, Minister a. D. der Regierungspartei „Parti Démocratique Sénégalais“ (PDS) aus dem Senegal, wirkt ein engagierter Präsident, der den verabschiedeten ambitionierten Arbeitsplan für die nächsten zwei Jahre vorantreibt. Den Mitgliedsparteien werden gezielte Trainings für deren strategische Ausrichtung und organisatorische Stärkung angeboten, womit auch der Informations- und Erfahrungsaustausch der Parteien untereinander gefördert wird. Ein Beispiel war der „Party Management“ –Workshop im Februar 2008 in Maputo, Mosambik, der dem Ziel diente, die innerparteilichen Strukturen der liberalen Parteien zu professionalisieren und innerparteiliche Demokratie innerhalb der Organisation voranzutreiben. Diese Qualifizierung von Mandatsträgern und Funktionären trägt zur wichtigen Profilierung von ALN selbst bei. Was nicht zuletzt deshalb wichtig ist, da ALN in Konkurrenz zu anderen afrikanischen Parteiverbänden steht und Erfolge liberaler Politik nachzuweisen hat.



Libere Persönlichkeiten

Helen Zille erhält World Mayor Award 2008



Die Großnichte des deutschen Karikaturisten Heinrich Zille (1858 – 1929) und langjährige Stiftungspartnerin und DA-Parteivorsitzende Helen Zille wurde Ende Oktober 2008 von der Internetplattform „worldmayor.com“ zur weltbesten Bürgermeisterin gekürt. 820 Nominierungen aus allen Kontinenten lagen vor. Mit den „World Mayor Awards“ werden seit 2004 kommunale Führungspersönlichkeiten ausgezeichnet, die sich um ihre Städte verdient gemacht und zu deren landesweitem und internationalem Ansehen beigetragen haben.

Als Bürgermeisterin Kapstadts, dem Sitz des südafrikanischen Parlaments und der Drehscheibe des internationalen Tourismus nach Südafrika und Namibia, hat sich Helen Zille vor allem dem Kampf gegen Kriminalität verschrieben. Außerdem setzt sie sich nachdrück-

drücklich für die Verbesserung der Servicedienstleistungen der Stadt ein. Dadurch hat sie sich der Jury und den mehr als 250.000 Abstimmungsteilnehmer zufolge, um die Stadt spürbar verdient gemacht.

Zille begann als Journalistin bei der liberalen Zeitung Rand Daily Mail, die es wagte, den Apartheidstaat offen und gut recherchiert zu kritisieren. Besonders bekannt wurde Helen Zille als sie den Mord an dem Apartheidskritiker Steve Biko aufdeckte, der in Polizeigewahrsam zu Tode gefoltert wurde.

Lange Jahre setzte sie sich bereits als DA-Mandatsträgerin für liberale Anliegen ein. Rechtsstaatlichkeit in Freiheit und Verantwortung – das zieht sich als Leitmotiv durch ihre bisherige Laufbahn. Im März 2009 nominierte die DA Zille als Spitzenkandidatin für das Premierministeramt der Western Cape Provinz.

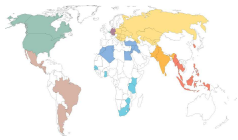
Nachruf – Helen Suzmann



Helen Suzman, geb. Gavronsky, verstarb am Neujahrsmorgen 2009 zu Hause in Johannesburg. Sie wurde 1917 als Kind jüdischer Einwanderer aus Litauen in Johannesburg, Südafrika, geboren.

Mit dem Wahlsieg der Nationalen Partei 1948 brach die Ära der offiziellen Apartheid in Südafrika an. Für Helen Suzman wurde das Jahr zur Zäsur, und sie begann sich mehr und mehr politisch zu engagieren. 1953 wurde sie zur Parlamentarierin für die Oppositionspartei gewählt, die United Party, wo sie zum liberalen und somit "linken" Flügel gezählt wurde. Bald schon zeigte sich Suzmans Unzufriedenheit mit der United Party: diese wolle die Apartheid nicht bekämpfen, sondern diese lediglich etwas menschlicher gestalten. 1958 brachen Helen Suzman und eine Handvoll Gleichgesinnter schließlich mit der United Party und gründeten ihre eigene Partei, die Progressive Party. Die Wähler quittierten dies mit der Nichtwiederwahl aller zur Progressive Party abgewanderten Members of Parliament, mit Ausnahme von Helen Suzman.

Als eine von wenigen Frauen unter 163 Männern agierte Helen Suzman 13 Jahre lang als einzige Parlamentarierin für die Abschaffung der Apartheidspolitik. Unermüdlich sammelte sie Informationen und Material, besuchte politische Gefangene (wie z.B. Nelson Mandela), wies auf die ungeheuerliche Grausamkeit der Apartheid und auf die Aufweichung des Rechtsstaats hin. Erst 1989 zog sie sich mit 72 Jahren aus der aktiven Politik zurück. Ein wenig zu früh wie sie später meinte, denn wäre sie ein Jahr länger geblieben, hätte sie 1990 die Abschaffung der von ihr so lang bekämpften Apartheidgesetze von der Parlamentsbank aus miterlebt.



Vermischtes: Regionalbüroleiterwechsel in Johannesburg

Hubertus von Welck ist seit 1. Dezember 2008 Leiter des Regionalbüros Afrika mit Sitz in Johannesburg. Zuvor leitete er das Regionalbüro in Südost- und Ostasien in Bangkok.

E-Mail: hubertus.von.welck@fnst.org

Ansprechpartner

FNF Africa
Travel House
6 Hood Avenue
Rosebank, Johannesburg

Telefon: + 27 11 880 88 51
Fax: + 27 11 880 91 98
E-Mail: africa@fnst.org
www.africa.fnst.org



Regionalreferat
Lateinamerika/Afrika
Leitung : Dr. Gabriele Reitmeier
Referent: Ernst Specht

K.-Marx-Str. 2
14482 Potsdam-Babelsberg
Telefon: +49(331) 7019-178
Fax: +49(331) 7019-133

Veranstaltungen

Wahlen im Rechtsstaat: Südafrika
Datum: Juli 2009
Ort: Berlin

The 7th Africa Resource Bank Meeting – 2009
Theme: Interrogating Governance and Prosperity in Africa
Date: November 11 – 14, 2009, Venue: Kenia
<http://www.irenkenya.com>

Johannesburg Spezial – Filme aus Südafrika
Datum: Dezember 2009
Ort: Filmmuseum Potsdam

Ausgewählte Links

www.mg.co.za
www.elections.org.za
www.gov.za
www.fifa.com/worldcup
www.pretoria.diplo.de
www.germanchamber.co.za

www.sabcnews.com

Zeitung Mail & Guardian online
Independent Electoral Commission
Regierung von Südafrika
Official website of World Cup 2010
Deutsche Botschaft Pretoria
Deutsche Industrie- und Handelskammer für das südliche Afrika
South African Broadcasting Corporation (ist die öffentliche Radio- und Medienanstalt von Südafrika)

Ausgewählte Neuerscheinungen

a) Neuerscheinungen aus der Region



South African Institute of Race Relations – Fast Facts

Fast Facts, published monthly, contains the latest macro-economic and key socio-economic statistics together with succinct analyses of pending legislation and other important political and social developments and trends. Fast Facts keeps a particularly close watch on labour matters and gives early warning of policy shifts.

<http://www.sairr.org.za/research-and-publications/fast-stats-online>



South African Institute of Race Relations – South Africa Survey 2007/2008

An internationally acclaimed yearbook, the Survey contains information on living conditions, population, education, labour, business, the economy, health and welfare, violence and crime, politics, and government. Comprehensively indexed, the Survey is a ready reference of key facts and statistics on South Africa that can be found together nowhere else. The Survey includes dozens of graphs, charts, and tables.

<http://www.sairr.org.za/research-and-publications/south-africa-survey-online-2007-2008>



Centre for Development and Enterprise – South Africa's Electricity Crisis: How did we get here? And how do we put things right?

This is an executive summary of CDE Round Table no 10, 'South Africa's electricity crisis: How did we get here? And how do we put things right?' Several prominent and knowledgeable people contributed to the workshop. Participants spoke with great frankness about the crisis and about what needs to be done.

http://www.cde.org.za/article.php?a_id=312



Small Business Project – The Impact of Crime on Small Businesses in South Africa

The survey results on Small Businesses & Crime-Impacts, Costs & Constraints on Growth are highly relevant to current debates around the recently released crime statistics, and appropriate public policy responses.

<http://www.info.gov.za/view/DownloadFileAction?id=85235>

b) Neuerscheinungen aus dem Inland



Politische Berichte aus aktuellem Anlass

- N° 17/09 Moldau: Schwierige Bedingungen für faire und freie Parlamentswahlen
- N° 16/09 Pakistan: Pakistanische Iden des März
- N° 15/09 Südkaukasus: Die Krise dauert an
- N° 14/09 Lettland: Christlich-liberale LPP/LC vorerst nicht an neuer Regierungs-koalition beteiligt
- N° 13/09 Israel: Paradigmenwechsel im Nahen Osten?

Download unter: http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-415/i.html



Policy Papers der Regionen

- Europäische Institutionen und Nordamerika
- Lateinamerika
- Mittelmeerraum
- Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien
- Südost- und Ostasien
- Subsahara Afrika
- Südasien

Download unter: http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-413/i.html



Hintergrundpapiere

- Die Tamilenproblematik in Südasien
- Übersicht des Kabinetts von US-Präsident Barack Obama sowie wichtiger Beraterpositionen im Weißen Haus
- Der Gaza-Krieg und seine innenpolitischen Implikationen
- Konfliktfeld „Freiheit und Islam in Südostasien“

Download unter: http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-414/i.html

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und Internationale Politikanalyse

Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam-Babelsberg

Telefon: +49(331) 7019-117
Fax: +49(331) 7019-133

Redaktion:
Denise Dittrich, Dr. Gabriele Reitmeier, Ernst Specht

Autoren aus der Region:
Barbara Groeblichhoff, Katja M. Egger, Amira Elibiary

E-Mail: politikanalyse@freiheit.org